

Motion Fraktion GB/JA! (Natalie Imboden/Christine Michel, GB): Überbauungsordnung für eine zukunftsträchtige, nachhaltige Siedlung in der Stadt Bern vorantreiben: Viererfeld Süd

Am 11. März 2007 hat die Berner Stimmbevölkerung deutlich Ja gesagt zum Verkauf des Oberfelds in Ostermundigen und damit einen Beitrag zu einer neuen Siedlung in Stadtnähe mit teilweise autoarmem Wohnen und energie-technischen Innovationen geleistet. Damit die Stadt Bern aber nicht ins Hintertreffen gerät, soll auch auf Stadtgebiet innovativer Wohnungsbau gefördert werden.

Die von der Stadt Bern zusammen mit Ostermundigen in Auftrag gegebene Marktstudie über das Potential für nachhaltiges Wohnen hat ergeben, dass es in der Region Bern eine klare Nachfrage gibt, in einem energiesparenden, in ökologischer Bauweise erstelltem und autoarmen Wohnumfeld zu wohnen. Von den vier vorgeschlagenen Standorten Viererfeld Süd, Brückenstrasse/Marzili, Mutachstrasse/Holligen und Oberfeld/Ostermundigen hat der Standort Viererfeld besonders gut abgeschnitten. Nachhaltiges Wohnen in der Stadt Bern scheint einer Nachfrage zu entsprechen und soll vorangetrieben werden.

Wie der Gemeinderat in seiner Antwort auf den Vorstoss Martina Dvoracek „Viererfeld Süd: Autofreies Wohnen ermöglichen“ im November 2004 geantwortet hat, ist er bereit, „zu gegebener Zeit eine neue Planungsvorlage für die Schaffung einer autofreien Siedlung mit ca. 75 Wohnungen und mit 0.1 Parkplätzen pro Wohnung auf dem Viererfeld Süd zu prüfen“. Dabei soll die Quartierbevölkerung einbezogen werden.

In der Antwort auf die Motion Aebersold/Furrer/Imboden: „Autofreies Pilotprojekt in der Stadt Bern lancieren“ vom 7. September 2005 listet der Gemeinderat sieben mögliche Standorte auf, die für autoarmes/autofreies Wohnen in Frage kommen könnten. Davon haben nur die Standorte Brünnen und Saali eine rechtskräftige Überbauungsordnung bzw. Grundordnung. Eine Überbauungsordnung fehlt für die weiteren möglichen Standorte wie Springgarten, Schönberg Ost, Brückenstrasse, Mutachstrasse und Viererfeld Süd.

Da das Viererfeld Süd sich im Besitz des Fonds für Wohnbau- und Bodenpolitik befindet und auch vom Gemeinderat als geeignetes Areal erachtet wird, macht es Sinn, eine Überbauungsordnung vorzulegen.

Wir fordern daher den Gemeinderat auf

1. dem Stadtrat eine Überbauungsordnung Viererfeld Süd zu unterbreiten, welche autoarmes Wohnen ermöglicht und innovative Energielösungen vorschreibt (Referenz: MinergieP-Standard).
2. den Einbezug des Quartiers und der Quartierkommission in geeigneter Weise zu gewährleisten.
3. zu prüfen, ob der Fonds für Wohnbau- und Bodenpolitik als Eigentümerin ein derartiges Bauvorhaben selber erstellen kann oder den Boden im Baurecht abgeben soll.
4. zusammen mit dem Eigentümer der Parzelle Viererfeld zu prüfen, inwiefern gleichzeitig mit dem Viererfeld Süd auch eine Planungsvorlage für das Viererfeld im Besitz des Kantons realisierbar ist, welche ebenfalls nachhaltigen Kriterien (bezüglich Mobilität und Energie) genügt.

Bern, 28. Juni 2007

Motion Fraktion GB/JA! (Natalie Imboden/Christine Michel, GB), Anne Wegmüller, Simon Röthlisberger, Cristina Anliker-Mansour, Myriam Duc, Urs Frieden, Franziska Schnyder, Rolf Zbinden

Antwort des Gemeinderats

Der vorliegenden Motion sowie den unten aufgeführten politischen Vorstössen ist gemeinsam, dass sie alle Wohnungsbau mit Erfordernissen einer nachhaltigen Stadtentwicklung fordern:

- Motion Fraktion SP/JUSO (Margrit Beyeler-Graf/Raymond Anliker, SP): Neubau von einfachem, sehr günstigem Wohnraum in der Stadt Bern vom 14.08.2003
- Motion Fraktion SP/JUSO, GFL/EVP, GB/JA! (Michael Aebersold, SP / Verena Furrer-Lehmann, GFL / Nathalie Imboden, GB): Autofreies Wohnen Pilotprojekt in der Stadt Bern lancieren vom 16.02.2006
- Motion Fraktion GFL/EVP (Erik Mosza/Verena Furrer-Lehmann, GFL): Wohnbauplanung Mutachstrasse bis Ende 2008 abschliessen vom 13.06.2007
- Postulat Martina Dvoracek (GB) vom 24.06.2004: Viererfeld Süd: Autofreies Wohnen ermöglichen
- Postulat Fraktion SP/JUSO (Raymond Anliker, SP) vom 24.06.2007: Viererfeld-Süd als Naherholungs- und Freifläche im Sinne einer Übergangslösung für die Bevölkerung öffnen
- Postulat Reto Nause (CVP): Familienfreundliche Überbauung auf dem Areal des ehemaligen Lehrerinnen- und Lehrerseminars Marzili vom 25.01.2007

Der Gemeinderat geht mit den Motionären einig, dass für nachhaltiges Wohnen in der Stadt Bern eine Nachfrage besteht und ein entsprechendes Angebot geschaffen werden sollte. Bereits in der STEK Ergänzung Wohnen 2003 sind Massnahmenswerpunkte verabschiedet worden, die zu einer Erhöhung der Wohnqualität und des städtischen Wohnangebots führen sollen, u.a. auch mit der Entwicklung von Modell-Bauvorhaben (Wohnbauexperimenten).

Zur Realisierung derartiger Vorhaben stehen die Areale Viererfeld-Süd, Mutachstrasse und Brückenstrasse im Vordergrund. Diese sind in einem gesamtstädtischen Zusammenhang zu betrachten und auf ihre spezifische Eignung zur Erfüllung der Forderungen zu überprüfen. Die Analyse soll Argumente aufzeigen, die über die einzelnen Planungen hinausgehen und die Stadtentwicklung als Ganzes der Bevölkerung verständlich machen. Zudem müssen das Aufwertungspotenzial und die Vorteile für das Umfeld der Planungsgebiete nachgewiesen werden. Die zu erfüllenden Motionsforderungen sind mit den zur Diskussion stehenden Arealen abzustimmen und sinnvolle Synergien zwischen den Forderungen zu nutzen. Der Gemeinderat hat im August 2007 den dazugehörigen Vorgehensvorschlag genehmigt und die erforderlichen Ressourcen bereitgestellt. Zurzeit sind die entsprechenden Abklärungen und Arbeiten im Gange.

Auf der Basis der so gewonnenen Erkenntnisse ist für das 2. Quartal 2008 der Grundsatzentscheid des Gemeinderats zum weiteren Vorgehen sowie den planerischen Inhalten vorgesehen. Anschliessend werden die Planungsverfahren für die einzelnen Areale wieder aufgenommen resp. begonnen. Der Gemeinderat empfiehlt deshalb dem Stadtrat, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen; er ist jedoch bereit, den Vorstoss als Postulat entgegen zu nehmen.

Bern, 28. November 2007

Der Gemeinderat